

Für den ehemaligen CIA-Analysten und heutigen Friedensaktivisten Ray McGovern befinden sich die Beziehungen zwischen den USA und Russland in einem alarmierenden Zustand.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 048/20 – 26.06.20

In den Beziehungen zwischen den USA und Russland hat sich nach einer Annäherung eine gefährliche Konfrontation entwickelt

Die Hoffnungen der russischen Führung auf besser funktionierende Beziehungen zu den USA wurden buchstäblich "niedergetrumpelt".

Von Ray McGovern

Consortium News, 03.06.20

(<https://consortiumnews.com/2020/06/03/ray-mcgovern-us-russia-ties-from-heyday-to-mayday/>)

Die russischen Hoffnungen wurden schwer enttäuscht: Falls Präsident Wladimir Putin unter der Trump-Regierung eine Verbesserung der Beziehungen zu den USA erhofft haben sollte, wurden seine Erwartungen buchstäblich "zertrumpelt". Das wurde in den bitteren Bemerkungen, die der stellvertretende russische Außenministers Sergei Rjabkow (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Sergei_Alexejewitsch_Rjabkow) in einem am Freitag veröffentlichten Interview mit dem Magazin *The National Interest* [s. <https://nationalinterest.org/feature/russian-deputy-foreign-minister-sergei-ryabkov-%E2%80%9Cwe-have-no-trust-no-confidence-whatsoever%E2%80%9D>] gemacht hat, unüberhörbar deutlich.



Wladimir Putin und Donald Trump am 28. Juni 2019 auf dem G20-Gipfel in Osaka

Rjabkow beklagte nicht nur den traurigen Zustand der Beziehungen zwischen Russland und den USA, er machte auch darauf aufmerksam, dass Russland mit China ein Ass im

Ärmel hat. Damit wollte er wohl darauf hinweisen, dass sich das, was die Sowjets "die Korrelation der Kräfte" (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Korrelation>) zu nennen pflegten, so grundlegend verändert hat, dass die USA entsprechende Schlüsse daraus ziehen sollten.

Rjabkow, der kein Amateurdiplomat ist, benutzte ungewöhnlich scharfe, aber sicher (von Putin autorisierte) Worte, um seine Botschaft zu überbringen.

"Wir halten die USA in ihrem gegenwärtigen Zustand nicht für einen zuverlässigen Partner und haben deshalb auch keinerlei Vertrauen mehr in sie. Deshalb beziehen wir uns bei unseren Kalkulationen und Beschlüssen auch weniger auf das, was die USA tun ..., weil uns unsere engen und freundschaftlichen Beziehungen zu China wichtiger sind. Wir pflegen (mit China) auf verschiedenen Gebieten eine umfassende strategische Partnerschaft und haben vor, sie weiter auszubauen."

Mit anderen Worten: Die Russen und Chinesen werden zusammenstehen, wenn die USA weiterhin versuchen, beide als "Erzschurken" anzuschwärzen, und sich damit selbst den Weg aus ihrer isolationistischen Ecke versperren.

So wurde das Vertrauen verspielt

Putin hat erkannt, dass starke Kräfte in den USA – der militärisch-industrielle, auch den Kongress, die Intelligenzija (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Intelligenzija>), die Medien, die Universitäten und die Thinktanks einschließende Komplex, der als MICIMATT abgekürzt werden könnte – viel stärker als jeder US-Präsident ist, und dass in diesem Zusammenhang, jeder Versuch, eine persönliche Beziehung zu einem US-Präsidenten herzustellen, nur Zeitverwendung ist.

Putin wurde schon in jungen Jahren von einem System geprägt, das die Sowjets "Yedino-nachaliya" nannten. Er wuchs in einem Staat auf, der von einer Person geführt wurde, die alle Entscheidungen traf und sie von Untergebenen (und deren Untergebenen) ausführen ließ. Putins persönliche Erfahrung aus seiner erfolgreichen Zusammenarbeit mit dem US-Präsidenten Barack Obama Anfang September 2013, durch die es damals beiden gelang, einen Krieg (der USA) gegen Syrien zunächst zu verhindern (s. https://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP13713_160913.pdf), könnte ihn zu der Annahme verleitet haben, auch US-Präsidenten wären in der Lage, eigene Entscheidungen zu treffen. Wäre das der Fall gewesen, hätten die beiden Männer an der Spitze alle anliegenden Probleme wie gordische Knoten zu beiderseitigem Vorteil einfach gemeinsam zerschlagen können.

In den Jahren danach musste sich Putin aber von der Vorstellung verabschieden, auch ein US-Präsident sei "sein eigener Herr" und werde nicht vom MICIMATT und vor allem von dessen Sicherheitskomponente gegängelt – den außerordentlich mächtigen Geheimdiensten und Strafverfolgungsbehörden der USA, die (auch) Präsident Donald Trump den "Tiefen Staat" nennt.

Großmaul Trump

In Sibirien gibt es sicher ein ähnliches Sprichwort wie "All hat, no cattle" (Große Klappe und nichts dahinter). Falls es das gibt, kann ich fast hören, wie es aus dem Kreml schallt – als Reaktion auf Trumps großsprecherische Bemerkungen – wie die am 23. Mai in einem Interview mit der Journalistin Sharyl Attkisson (s. https://en.wikipedia.org/wiki/Sharyl_Attkisson), in dem er tönte:

"Was tue ich? Ich kämpfe mit dem Tiefen Staat, ich kämpfe mit dem Sumpf Wenn es weiter so gut läuft, habe ich eine Chance, den tiefen Tiefen Staat zu besiegen. Das

ist eine Gruppe bösariger Leute, die sehr schlimm für unser Land sind." [s. <https://justthenews.com/politics-policy/all-things-trump/president-trump-i-have-chance-break-deep-state>]

Trump hat nicht gezögert, die Akteure des Tiefen Staates, die er im Blick hat, auch zu benennen – zum Beispiel den ehemaligen FBI-Direktor James Comey (s. https://de.wikipedia.org/wiki/James_B._Comey), den Ex-CIA-Direktor John Brennan (s. https://de.wikipedia.org/wiki/John_O._Brennan) und den ehemaligen Nationalen Geheimdienstdirektor James Clapper (s. https://de.wikipedia.org/wiki/James_R._Clapper). Bisher hat er aber nicht gewagt, sich tatsächlich mit ihnen anzulegen. Gleichzeitig hat er aber zuverlässige Unterstützer geopfert, zum Beispiel Devin Nunes (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Devin_Nunes), den Vorsitzenden des Geheimdienstausschusses des Repräsentantenhauses, der versucht hat, das Justizministerium zu strafrechtlichen Ermittlungen zu veranlassen [s. <https://consortiumnews.com/2019/04/09/ray-mcgovern-unaccountable-media-faced-with-dilemma-in-next-phase-of-deep-state-gate/>]

Es bleibt abzuwarten, ob Trump zulassen wird, dass verschiedene laufende Untersuchungen nun zu Anklagen führen. Dabei handelt es sich nicht um ein Gesellschaftsspiel, denn diese Anklagen könnten schwerwiegende Folgen haben, die sich nicht vorhersehen lassen. Sollte sich herausstellen, dass Trump wirklich Trümpfe (gegen seine Gegner) in der Hand hat und sich dafür entscheidet, sie auch auszuspielen, wird sich die "Gruppe bösariger Leute" mit Zähnen und Klauen zur Wehr setzen.

Aufgeflogen: Das DNC wurde nicht von Russen gehackt!

Vermutlich wird Trump dieses Mal handeln, weil er bei der Russiagate-Affäre selbst das Ziel war und seit Kurzem Beweise vorliegen, die ihn entlasten. Obwohl diese Beweise schon vor dreieinhalb Wochen freigegeben wurden, wissen die meisten US-Amerikaner noch nicht, dass der Eckpfeiler der Russiagate-Anklage, die Computer des Democratic National Committee (DNC, s. https://de.wikipedia.org/wiki/Democratic_National_Committee) seien von Russen gehackt worden, eingestürzt ist. Die Klage stand zwar schon immer auf wackligen Füßen (s. dazu auch https://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP17716_151216.pdf), durch die unter Eid vollzogene Zeugenaussage des technischen Experten Shawn Henry (s. <https://www.crowdstrike.com/about-crowdstrike/executive-team/shawn-henry/>), des Chefs der Firma CrowdStrike (s. <https://www.crowdstrike.de/c>), brach sie aber jetzt in sich zusammen. CrowdStrike ist das Unternehmen für Cybersicherheit, das Frau Clintons Wahlkampfteam und das DNC auf Empfehlung Comeys damit beauftragt hatten, den Nachweis für den russischen Hackerangriff zu liefern.

Als Shawn Henry am 5. Dezember 2017 bei einer hinter verschlossenen Türen stattfindenden Anhörung vor dem Geheimdienstausschuss des Repräsentantenhauses von Adam Schiff (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Adam_Schiff), einem der führenden Mitglieder dieses Ausschusses, nach dem Datum des Tages gefragt wurde, "an dem die Russen die Daten des DNC gehackt" hätten, antwortete er: "Manchmal können wir abschließend feststellen, wann Daten gehackt wurden. In diesem Fall ... konnten wir aber nicht nachweisen, dass das tatsächlich passiert ist."

Nur unter äußerstem Druck des amtierenden Nationalen Geheimdienstdirektors rückte Schiff, der jetzt Vorsitzender des Geheimdienstausschusses des Repräsentantenhauses ist, am 7. Mai 2020 die Niederschrift der Zeugenaussage Henrys vom 5. Dezember 2017 heraus. Die Demokraten wissen also schon seit mehr als zwei Jahren, dass die Behauptung, Russen hätten die DNC-Computer gehackt, eine Lüge war, haben aber trotzdem weiter darauf beharrt.

Jetzt kennen wir endlich die Wahrheit. Besser spät als nie? Oder doch zu spät?

Wenn im Wald ein Baum umstürzt ...

Obwohl mit der Freigabe der Zeugenaussage Henrys am 7. Mai eine Bombe platzte, haben die *New York Times* und andere Mainstream-Medien nicht darüber berichtet. Wie soll dann überhaupt das Umstürzen eines Baumes im Wald oder das Platzen einer solchen Bombe bekannt werden? Wie viele US-Amerikaner wissen wohl schon, dass sich Trump und das Weiße Haus wenigstens darin nicht geirrt haben, dass für den Vorwurf, Russen hätten das DNC "gehackt", keine stichhaltigen Beweise vorgelegt werden konnten?

Ich gehe davon aus, dass die meisten US-Amerikaner das auch gar nicht wissen wollen. Und man muss keinen Dokortitel haben, um zu erkennen, welche unvermeidlichen Folgen daraus erwachen, dass ihnen das völlig gleichgültig zu sein scheint.

Wenn die *New York Times* geplatzte Bomben wie Henrys Zeugenaussage einfach verschweigt, kann sie alles unterdrücken, was sie für "nicht druckenswert" hält. Wollen wir ein Experiment wagen? Fragen Sie doch bitte einmal einige ihrer Freunde – vorzugsweise solche, die noch die *New York Times* lesen – ob sie wissen, dass es keinerlei Beweise dafür gibt, dass Russen oder irgendwelche anderen Hacker in die DNC-Computer eingedrungen sind, und beobachten Sie ihre Reaktion. Wenn danach Männer in weißen Kitteln an ihre Tür klopfen und Sie abholen wollen, wissen Sie, was ihre Freunde von ihnen denken.

The *New York Times* erhielt sinnigerweise gerade einen Pulitzer-Preis (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Pulitzer-Preis>) für eine ganze Reihe (wenig schmeichelhafter) Berichte über Russland und Putin (s. unter <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/new-york-times-bekommt-pulitzer-preis-fuer-russland-berichte-16754582.html>). Ins gleiche Horn stieß Obamas Nationale Sicherheitsberaterin Susan Rice (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Susan_E._Rice), als sie am Sonntag bei *Fox News* verkündete, sie sei nicht überrascht, wenn herauskäme, dass "die Russen bei den gegenwärtigen (antirassistischen) Protesten in den USA Extremisten beider Seiten finanziell unterstützen" würden. Auch Frau Rice konnte ihre Behauptung nicht beweisen; sie "beruhe aber auf Erfahrungen, die sie bisher mit Russland gemacht" habe.

Sie ließ *Fox News* außerdem wissen, dass sie derzeit "keinen Zugang zu geheimdienstlichen Erkenntnissen" habe. Ich frage mich eh, ob man überhaupt noch Geheimdienste braucht, wenn man die *New York Times* liest? Vielleicht fand Frau Rice ihre Informationen ja in dem Artikel "Russia Trying to Stoke U.S. Racial Tensions Before Election, Officials Say." (Von offizieller Seite verlautet, Russland werde vor den Wahlen in den USA rassistisch bedingte Spannungen anheizen, s. <https://www.nytimes.com/2020/03/10/us/politics/russian-interference-race.html>), der am 10. März in der *New York Times* veröffentlicht wurde. Sie könnte aber auch selbst "die offizielle Quelle" für diese an die "irakischen Massenvernichtungswaffen" erinnernde Story gewesen sein, weil die Verbreitung derartiger Fake News mittlerweile in Washington üblich geworden ist.

Wir können nicht sagen, wir seien nicht gewarnt worden. Immerhin hat Nancy Pelosi, die (demokratische) Sprecherin des Repräsentantenhauses, Trump schon im Oktober letzten Jahres vorgehalten: "Alle Wege führen zu Putin." Auch der Scharfsinn des Jason Crow (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Jason_Crow), eines demokratischen Abgeordneten aus Colorado und Amateurexperten für Russland, sollte nicht übersehen werden. Er hat behauptet: "Wladimir Putin fragt sich jeden Morgen, wenn er aufsteht, und jeden Abend, wenn er ins Bett geht, wie er die Demokratie in den USA zerstören könnte." Und haben die Rechtsanwälte, die sich vor Adam Schiffs Impeachment-Ausschuss (s. [4/15](https://www.spiegel.de/poli-</p></div><div data-bbox=)

tik/ausland/der-demokrat-adam-schiff-leitet-das-impeachment-trumps-a-1295815.html) lächerlich gemacht haben, nicht gefordert: "Wir sollten die Russen besser drüben in der Ukraine bekämpfen, damit wir sie nicht hier bei uns bekämpfen müssen." Dabei bestand noch nicht einmal auf dem Höhepunkt des ersten Kalten Krieges die Gefahr, dass sowjetische Truppen US-amerikanischen Boden betreten.

"Bad Guys" für immer?

Ich kann mir vorstellen, dass Kreml-Mitarbeiter die *New York Times* ebenso aufmerksam lesen, wie ich früher (als CIA-Analyst) die *Prawda* zu lesen pflegte – um herauszufinden, was nicht drin stand und was es geschafft hatte, gedruckt zu werden. Auch die russische Führung muss erkannt haben, dass sich die *New York Times* und andere Medien des US-Establishments so tief in die erfundene Story von den "russischen Hackern" verstrickt haben, dass sie diese Lügengeschichte jetzt nicht mehr zurücknehmen können. Außerdem hat es sich erwiesen, dass viele US-Amerikaner immer noch glauben, die Sowjetunion existiere weiter und werde nach wie vor von aggressiven "Bad Guys" (bösen Buben) regiert.

Inzwischen muss Putin begriffen haben, dass es eine wahre Sisyphusarbeit ist, den Unterschied zwischen dem heutigen Russland und der untergegangenen Sowjetunion deutlich zu machen. Vor fünf Jahren hat er es einmal ernsthaft versucht. Am 16. April 2015 spielte er auf die vergangene dunkle Periode an – mit der Bemerkung, "die bedrohliche Politik des Stalin-Regimes, wirke bis heute nach". Er gestand zu:

"Es ist nicht besonders angenehm für uns, das zuzugeben. Aber uns oder eigentlich unseren Vorgängern ist dieser Vorwurf tatsächlich zu machen. Warum? Weil wir nach dem Zweiten Weltkrieg versucht haben, unser eigenes Entwicklungsmodell auch den osteuropäischen Staaten gewaltsam aufzuzwingen. Das muss zugegeben werden. Das war nicht gut, und jetzt spüren wir die Folgen." [s. <https://www.counterpunch.org/2015/04/22/ukraine-coup-couth-and-consequences/>]

Vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen mit US-Präsidenten in den vergangenen Jahren wird Putin die politischen Entwicklungen in den USA in den kommenden Monaten vermutlich mit einer Mischung aus Zurückhaltung und Skepsis beobachten.

Obamas Tête-à-Tête (Begegnung unter vier Augen) mit Putin hat Ergebnisse gebracht

Am 4. September 2013, dem Tag vor Obamas Ankunft auf dem G20-Gipfel in St. Petersburg, beschuldigte Putin den damaligen US-Außenminister John Kerry während einer Live-Sendung im Fernsehen, in der Anhörung zu Syrien den US-Kongress belügen zu haben. Kerry hatte die syrische Regierung für einen Sarin-Angriff verantwortlich gemacht, die Rolle Al-Qaidas im syrischen "Aufstand" heruntergespielt und die Stärke der "gemäßigten syrischen Rebellen" übertrieben. Mit ungewöhnlicher Offenheit betonte Putin: "Kerry lügt, und er weiß, dass er lügt; das ist erbärmlich."

Obama war darüber informiert, dass Kerry die Wahrheit "überstrapaziert" hatte. Er war von General Martin Dempsey (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Martin_E._Dempsey), dem Chef des US-Generalstabes, dem Nationalen Geheimdienstdirektor Clapper und den Veteran Intelligence Professionals for Sanity [s. <https://consortiumnews.com/2013/09/06/obama-warned-on-syrian-intel/> (und https://de.wikipedia.org/wiki/Veteran_Intelligence_Professionals_for_Sanity , zu denen auch der Autor Ray McGovern gehört)] "gebriefft" worden. Das erklärt auch, warum der Präsident seinen Außenminister nicht mit nach St. Petersburg ge-

nommen, sich aber dort persönlich mit Putin auf einen Deal verständigt hat, während Kerry fünf Tage lang in der Versenkung verschwand.

Auf einer Pressekonferenz in London am Morgen des 9. August 2013 war Kerry gefragt worden, ob Assad irgendetwas tun könne, um einen US-amerikanischen Angriff auf Syrien zu verhindern. Kerry antwortete abweisend, dafür müsse Assad seine Chemiewaffen herausgeben. Weil er das aber nicht tue, werde es wohl zu einem Angriff kommen. Noch am gleichen Tag erhielt Kerry vom russischen Außenminister Sergej Lawrow die unerwartete Antwort, ein Deal sei durchaus möglich, und ein entsprechendes Angebot werde gemacht. [s. <https://consortiumnews.com/2014/07/22/kerrys-poor-record-for-veracity/>]

Durch einen glücklichen Zufall hatte ich am gleichen Abend überraschenderweise die Gelegenheit, auf dem Dach des TV-Senders CNN in Washington die Reaktion von Neocons wie Paul Wolfowitz (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Paul_Wolfowitz) und Joe Lieberman (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Joe_Lieberman) zu beobachten, die sehr frustriert darüber waren, das sich Obama "austricksen" und um die einmalige Chance bringen ließ, auch Syrien endlich in einen Krieg mit den USA zu verwickeln [s. <https://consortiumnews.com/2013/09/14/how-war-on-syria-lost-its-way/>].

Obama war hingegen stolz darauf, entgegen dem Rat fast all seiner Berater einen drohenden weiteren Krieg vermeiden zu können. Zwei Jahre später prahlte er in einem Interview mit Jeffrey Goldberg (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Jeffrey_Goldberg) vom Magazin *The Atlantic* (s. https://de.wikipedia.org/wiki/The_Atlantic) damit, im Stande gewesen zu sein, sich dem "Washingtoner Drehbuch" zu widersetzen, das einen Angriff auf Syrien vorsah [s. <https://www.theatlantic.com/magazine/archive/2016/04/the-obama-doctrine/471525/>].

Vertrauen ist die Ausnahme, nicht die Regel!

Putin musste danach allerdings lernen, dass der Deal im September 2013 nur den damaligen einzigartigen Umständen zu verdanken war (und sich nicht wiederholen ließ). Putin hatte Obama den Deal angeboten, den dieser nicht ablehnen konnte, und ihm damit aus einer schwierigen Situation herausgeholfen. Weil Kerry und seine Berater ihm (bei seinem Treffen mit Putin) nicht über die Schulter sehen konnten, hatte er dessen Angebot annehmen und den von seinen Beratern und anderen Neocons in Washington gewünschten Krieg vermeiden können.

Sechs Tage nach seinem erfolgreichen Treffen mit Obama hoffte Putin noch auf verbesserte Beziehungen zu Washington: "Unsere Zusammenarbeit und meine persönliche Beziehung zu dem Präsidenten Obama sind gekennzeichnet durch wachsendes Vertrauen," schrieb der russische Präsident in einem Kommentar, den die *New York Times* am 11. September 2013 abdruckte [s. <https://www.nytimes.com/2013/09/12/opinion/putin-plea-for-caution-from-russia-on-syria.html>].

Putin sonnte sich in dem Erfolg, 1. den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad zur Herausgabe der Chemiewaffen der syrischen Armee und deren Vernichtung unter UN-Aufsicht überredet, 2. im persönlichen Gespräch Obamas Zustimmung dazu erreicht und 3. eine militärische Eskalation in Syrien verhindert zu haben, die weder er noch Obama wollten. Der Deal war vor allem in Obamas Interesse, weil er Kerry und den meisten seiner Berater, die unbedingt in Syrien einfallen wollten, den Wind aus den Segeln nahm.

Die US-Streitkräfte befanden sich damals schon in Angriffsposition. Der geplante Überfall sollte als Vergeltung für einen Angriff mit dem Giftgas Sarin "gerechtfertigt" werden, der am 21. August 2013 in der Nähe von Damaskus (angeblich von Assads Truppen, s.

https://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP12113_270813.pdf , https://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP12713_020913.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP14213_230913.pdf) durchgeführt worden war. Kerry klagte den syrischen Präsidenten al-Assad wiederholt öffentlich an, obwohl zahlreiche Beweise dafür vorlagen, dass der Sarin-Angriff eine "Operation unter falscher Flagge" [s. <https://consortium-news.com/2016/12/11/the-syrian-sarin-false-flag-lesson/>] war, mit der Obama in eine Falle gelockt und dazu gebracht werden sollte, auch Damaskus in "Shock and Awe"(in Angst und Schrecken, s. https://de.wikipedia.org/wiki/Shock_and_Awe) zu versetzen (wie das George W. Bush mit Bagdad getan hatte).

Schon die unmittelbaren Reaktionen wichtiger US-Politiker auf Putins Kommentar in der *New York Times* zerstörten alle Hoffnungen auf eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den USA und Russland. Sie waren eher ein Vorzeichen für das, was dann kam – der von der USA und dem Westen inszenierte Umsturz in der Ukraine, die anschließend gegen Russland verhängten Sanktionen und natürlich (das nach Hillary Clintons Wahlniederlage gegen Trump von den Demokraten herbeigelogene) Russiagate.

Der demokratische Senator Bob Menendez (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Bob_Menendez) aus New Jersey), der später Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Senates wurde, sprach für viele Insider in Washington, als er sagte: "Ich war gerade beim Mittagessen (als Putins Kommentar bekannt wurde) und hätte am liebsten gekotzt." [s. <https://consortiumnews.com/2013/09/13/rewarding-group-think-on-syria/>]

Der Ärger der Kriegstreiber über die verpasste Gelegenheit, einen Krieg gegen Syrien vom Zaun brechen zu können, verflog auch in den nachfolgenden Jahren nicht. Der republikanische Senator Bob Corker (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Bob_Corker) aus Tennessee, der nach Menendez Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Senates wurde, war einer der entschiedensten Kritiker der Entscheidung Obamas, den geplanten Angriff auf Syrien im Jahr 2013 abzublasen. Am 3. Dezember 2014 beklagte er sich verbittert darüber, dass Obama den bereits vorbereiteten gezielten Vergeltungsschlag der US-Streitkräfte für den angeblichen Giftgaseinsatz der syrischen Regierung in letzter Minute gestoppt hat.

Corker hetzte:

"Das für mich schlimmste Signal der Außenpolitik der USA an die Welt war das im August 2013 erfolgte Abblasen der vorbereiteten 10-stündigen Vergeltungsoperation gegen Syrien. Es tut mir leid, das sagen zu müssen, Wir (gemeint ist eigentlich Obama) haben uns wie Putins Schoßhund verhalten." [s. <https://thehill.com/policy/defense/225844-corker-us-was-poised-to-launch-10-hour-attack-on-syria>]

Hört sich das nicht bekannt an?

Es würde sich lohnen, die Ereignisse des Herbstes 2013 in einer gesonderten Studie zu untersuchen. Putin versprach sich viel von der einzigartigen Erfahrung, die er bei den persönlichen Verhandlungen mit dem unter Druck stehenden Obama gemacht hatte. Im anschließenden Umgang mit Obama und Trump musste er aber umdenken, weil US-Präsidenten, die eine Verbesserung der Beziehungen zu Russland wünschen, zwangsläufig in eine Konfrontation mit dem Tiefen Staat geraten, der ihrer Macht Grenzen setzt.

Soziale Medien liefern "Beweise"!

Im Lauf der Jahre musste der russische Präsident einsehen, dass Obama normalerweise dem "Washingtoner Drehbuch" und dem MICIMATT folgte (s. <http://www.luftpost-kl.de/luft->

[post-archiv/LP_16/LP15716_171116.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP15716_171116.pdf)) . Und meistens tut das ja auch Trump.

Die Neocons haben sich an Putin dafür gerächt, dass er ihnen den geplanten Überfall auf Syrien "vermasselt" hat. Damit hat er die Neocons so verärgert, dass sie nur ein halbes Jahr später den Staatsstreich in Kiew in Gang setzten (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP20113_221213.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP02014_040214.pdf), und anschließend – ohne stichhaltige Beweise vorlegen zu können – die Russen für den Tod der 298 Passagiere des (über der Ukraine abgeschossen) Fluges MH17 verantwortlich zu machen versuchten (weitere Infos dazu sind aufzurufen unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP07218_010618.pdf , https://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP11914_070814.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP13516_071016.pdf).

Wie bei dem Sarin-Angriff in der Nähe von Damaskus im Jahr 2013 bezog sich Kerry auch bei dem MH17-Abschuss auf nicht verifizierte "Informationen aus sozialen Medien" und bezeichnete diese auch noch als "außergewöhnlich nützliche Werkzeuge" – die sich allerdings ebenso gut für die Verbreitung von Lügen wie für die Verbreitung der Wahrheit eignen. Die fantasievollen Versuche, vermutlich im Dienst westlicher Geheimdienste stehender "Augenzeugen", den MH17-Abschuss den Russen anzuhängen, waren aber nicht fantasievoll genug und leicht zu durchschauen.

Kerry konnte zwar keinerlei Beweise für seine Anschuldigung vorlegen, behauptete drei Tage nach dem Abschuss, am 20. Juli 2014, in einem Interview mit David Gregory (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/David_Gregory_\(Journalist\)](https://de.wikipedia.org/wiki/David_Gregory_(Journalist))) von NBC (s. https://de.wikipedia.org/wiki/National_Broadcasting_Company) aber trotzdem, Beweise dafür zu haben:

"Wir haben Bilder vom Start der Rakete und kennen ihre Schussbahn. Wir wissen also, wo sie herkam. Wir kennen das Timing. Sie startete, kurz bevor das Flugzeug vom Radar verschwand." (weitere Informationen dazu s. unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP12614_180814.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP14215_030815.pdf)

Sie erinnern sich sicher noch daran, dass die USA nach dem MH17-Abschuss erfolgreich weitere Staaten so lange unter Druck setzten, bis auch diese Wirtschaftssanktionen gegen Russland verhängten.

Die US-Regierung hält sich nicht an Vereinbarungen

Im Syrien-Konflikt machte Putin die Erfahrung, dass auf Vereinbarungen mit der politischen und militärischen Führung der USA kein Verlass ist. Im Auftrag Putins und Obamas arbeiteten Kerry und Lawrow 11 Monaten lang sehr hart, um eine Waffenruhe in Syrien zu vereinbaren. Diese Vereinbarung wurde am 9. September 2016 unterzeichnet. Am 17. September bombardierten US-Kampffjets eine befestigte Stellung der syrischen Armee, töteten 64 bis 84 syrische Soldaten und verwundeten rund 100 weitere. Offensichtlich wollte das Pentagon Russland klarmachen, dass es überhaupt nicht an Zusammenarbeit interessiert war (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP12816_230916.pdf).

Dazu äußerte Lawrow am 26. September 2016:

"Mein guter Freund John Kerry ... wird von der US-Militärmaschinerie hart kritisiert. Ungeachtet der Tatsache, dass ihn Präsident Barack Obama als Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte bei seinen Verhandlungen mit Russland unterstützt und das bei dem Treffen mit dem russische Präsidenten Putin auch bestätigt hat, missachteten die US-Streitkräfte offensichtlich Anordnungen ihres Oberbefehlshabers. ... Es ist schwierig,

mit solchen Partnern zusammenzuarbeiten." (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP13616_101016.pdf)

Einen Monat später beklagte sich Putin öffentlich: "Meine persönlichen Vereinbarungen mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten haben nicht zu den erhofften Ergebnissen geführt". "Leute in Washington" würden alles Erdenkliche tun, "um die Umsetzung dieser Abmachungen zu hintertreiben". In Bezug auf Syrien bemängelte er, dass trotz langer Verhandlungen, vielfältiger Bemühungen und schwieriger Kompromisse keine gemeinsame Front gegen den Terrorismus möglich sei.

Die Äußerungen des stellvertretenden russischen Außenministers Rjabkow vom Freitag bedeuten, dass die russische Führung derzeit keinerlei Hoffnungen in Washington setzt, auch nicht in den Präsidenten Trump. Moskau wird in den kommenden Monaten passiv bleiben und abwarten, was sich tut. Das ist bedauerlich, besonders im Hinblick auf Abrüstungsschritte, die dringend notwendig wären.

Ray McGovern arbeitet für den publizistischen Zweig der ökumenischen Church of the Saviour (Kirche des Erlösers) in der Innenstadt Washingtons. Während seiner 27-jährigen Tätigkeit für die CIA war er Chef der Abteilung für sowjetische Außenpolitik und musste die US-Präsidenten regelmäßig darüber informieren. Im Ruhestand hat er die Veteran Intelligence Professionals fo Sanity (VIPS) mitbegründet.

(Wir haben den Artikel, der aufzeigt, wer den derzeit besorgniserregenden Zustand der Beziehungen zwischen den USA und Russland zu verantworten hat, komplett übersetzt und mit Ergänzungen und zusätzlichen Links in runden Klammern versehen. Die Links in eckigen Klammern hat der Autor selbst eingefügt. Weitere Infos über ihn sind nachzulesen unter https://de.wikipedia.org/wiki/Ray_McGovern . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

Consortium News

Independent Investigative Journalism and Political Review - Since 1995

consortiumnews.com

Robert Parry 1949-2018

US-Russia Ties, from Heyday to MayDay

Whatever hopes Russia's leader may have had for a more workable relationship with the U.S. have been "trumped," so to speak.

RAY McGOVERN

June 3, 2020

Russian hopes dashed: Whatever hopes Russian President Vladimir Putin may have had for a more workable relationship with the Trump administration have been "trumped," so to speak. This came through loudly and clearly in acerbic remarks by Russian Deputy Foreign Minister Sergey Ryabkov in an interview Friday with The National Interest.

Ryabkov lamented the sad state of Russia-U.S. relations, while pointing, not very subtly, to China as Russia's ace in the hole. He was simply acknowledging that what the Soviets

used to call “the correlation of forces” has changed markedly, and strongly implied that the U.S. should draw the appropriate conclusions.

No amateur diplomat, Ryabkov used unusually sharp, almost certainly pre-authorized, words to drive home his message:

“We don’t believe the U.S. in its current shape is a counterpart that is reliable, so we have no confidence, no trust whatsoever. So our own calculations and conclusions are less related to what America is doing ... we cherish our close and friendly relations with China. We do regard this as a comprehensive strategic partnership in different areas, and we intend to develop it further.”

In other words: We Russians and Chinese will stand together as the U.S. tries to paint both of us as arch-villains, all the while isolating itself and painting itself into a corner.

Sic Transit Trust

Putin has come to accept that potent forces favoring high tension with Russia — the Military-Industrial-Congressional-Intelligence-Media-Adademia-Think-Tank complex (MICI-MATT, if you will) — are far stronger than any president; and that, in that context, trying to cultivate a relationship of personal trust with a president, may be largely a waste of time.

The system in which Putin spent his early life put a premium on what the Soviets called *yedionachaliya*, meaning leadership by a person at the top who is fully empowered to make decisions and have them carried out by subordinates — or else. Putin’s personal experience working successfully with President Barack Obama in early September 2013 to head off wider war on Syria [more on that later] may have deceived him into assuming that presidents of the United States can exercise that kind of power, at will. And, if that were the case, personal dealings at the very top were the preferred way to untie Gordian knots — and even cooperate for mutual advantage.

In the years since, the notion was fully dispelled that a U.S. president is completely “his own man” and is rather hemmed in by the MICIMATT — and particularly by its Security State component with entrenched, exceedingly powerful intelligence and law enforcement agencies. President Donald Trump calls this reality the “Deep State.”

Trump with Big [Oral] Stick

There must be a Siberian equivalent to the expression “All hat, no cattle.” If there is, I can almost hear it coming from the Kremlin in reaction to some of Trump’s rhetoric, like his remarks on May 23 in an interview with journalist Sharyl Attkisson:

“What am I doing? I’m fighting the deep state; I’m fighting the swamp...If it keeps going the way it’s going, I have a chance to break the deep state. It’s a vicious group of people. It’s very bad for our country.”

Trump has not hesitated to name the Deep State actors that he keeps in his sights — ex-FBI Director James Comey; ex-CIA Director John Brennan, and ex-National Intelligence Director James Clapper, for example — but, so far, he has shied away from actually taking them on. He has even thrown a few of his closest supporters under the bus — like House Intelligence Committee ranking member Devin Nunes when Nunes tried to send criminal referrals to the Justice Department.

Thus, it remains an open question whether Trump will allow the various investigations now under way to bring indictments. This is no parlor game; these would be very serious moves, with consequences hard to predict. If it turns out that the president does have some cattle and decides to put them into play, those he labeled “a vicious group of people” will be fighting back tooth and nail.

RIP: The Russian ‘Hack’ of DNC

Trump may act this time because he was personally the target of the Russiagate affair. Recently revealed evidence is in his favor. Although the latest proof was released three and a half weeks ago, most Americans are unaware that the cornerstone of Russiagate, the charge that Russia hacked into the Democratic National Committee computers, has crumbled. Always evidence-impoverished, the accusation has now been shown to be evidence-bereft by the sworn testimony of the technical expert, Shawn Henry, the head of CrowdStrike. This is the cyber-security firm chosen and paid for by the Clinton campaign and the DNC (with Comey’s blessing) to investigate the so-called Russian hack.

Asked on Dec. 5, 2017, behind closed doors by then-ranking member of the House Intelligence Committee Adam Schiff to provide “the date on which the Russians exfiltrated [hacked] the data from the DNC,” Henry replied, “... there are times when we can see data exfiltrated, and we can say conclusively. But in this case ... we just don’t have the evidence that says it actually left.”

It was only under extreme pressure from the acting director of National Intelligence that Schiff, now chair of the House Intelligence Committee, released the transcript of Henry’s Dec. 5, 2017, testimony on May 7. The Democrats knew for more than two years that the Russian hack was a lie but continued telling it.

But now we know. Better late than never? Not really.

If a Tree Falls in the Forest ...

If bombshell testimony like that of Henry is not reported by The New York Times or other Establishment media, as has been the case since May 7, who can hear the tree fall — or the bombshell explode? How many Americans know that the White House has been right about at least one thing — that the charge that Russia “hacked the DNC” is not supported by any evidence that can bear close scrutiny?

I suppose it is true that most Americans would prefer not to know that, but you do not need a PhD to understand the inevitable consequences of letting this all go with a “So what?”

If The New York Times is successful in suppressing bombshells like Henry’s testimony, it can suppress anything it deems “not fit to print.” Let’s conduct an experiment: Please FaceTime a couple of friends — preferably those who still read the Times — and ask if they know that there is zero concrete evidence that the Russians, or anyone else, hacked the DNC; then closely watch their expression. If they send the men in the white coats to knock on your door, you’ll know why.

The Times, of course, just won a Pulitzer Prize for its array of Russia-bashing articles. Not to be outdone, Obama’s National Security Advisor Susan Rice told Fox News on Sunday that she “would not be surprised to learn that the Russians are fomenting” and “funding extremists on both sides” of the current protest demonstrations in the U.S. Typically, Rice cited no evidence, merely saying, “based on my experience this is right out of the Russian playbook.”

Rice told Fox, "I'm not reading the intelligence these days." But who, I ask, needs intelligence when you have The New York Times? Perhaps she found guidance in its March 10 story, "Russia Trying to Stoke U.S. Racial Tensions Before Election, Officials Say." Or maybe she was one of the Times' sources for that story, which would amount to the kind of WMD-style, circular/false-confirmation-to-a-fare-thee-well approach, not uncommon to spreading "news" in Washington.

You cannot say we have not been warned. After all, House Speaker Nancy Pelosi told Trump last October "All roads lead to Putin." Not to overlook the insight of another amateur specialist on Russia, Rep. Jason Crow (D-CO), who claims, "Vladimir Putin wakes up every morning and goes to bed every night trying to figure out how to destroy American democracy." And didn't those lawyers testify preposterously to Schiff's impeachment committee that, "We had better fight the Russians over there in Ukraine, so we don't have to fight them here"? when even during the height of the first Cold War no one seriously contemplated Soviet troops invading U.S. soil.

'Bad Guys' Forever

I imagine that Kremlin officials read the Times as closely as I used to read Pravda back in the day — to discern what is missing, as well as the significance of what does make it into print. Russia's leaders must be aware that the Times and most other Establishment media are so deeply invested in Russian "hacking," that the faux-story is simply too big to fail. Besides, it has proven all too easy to lead Americans to believe that, in effect, the U.S.S.R. still exists and is ruled by "bad guys" bent on aggression.

By now, Putin must realize it is an uphill, Sisyphus-like challenge to disassociate today's Russia from the Soviet Union. Five years ago, he gave it the college try. On April 16, 2015, he alluded to that dark period, addressing "the ugly nature of the Stalin regime" and the reaction that persists to this day. He conceded:

"[It] "may not be very pleasant for us to admit. But in truth, we, or rather our predecessors, gave cause for this. Why? Because after World War II, we tried to impose our own development model on many Eastern European countries, and we did so by force. This has to be admitted. There is nothing good about this and we are feeling the consequences now."

It is likely to be a mix of sang froid and skepticism on Putin's part, as he watches political developments in the U.S. in the coming months, against the background of what he has experienced with U.S. counterparts in recent years.

Obama-Putin Tete-a-Tete Brings Results

On Sept. 4, 2013, the day before Obama arrived in St. Petersburg for a G-20 summit, Putin on live TV accused then Secretary of State John Kerry of lying the day before in congressional testimony on Syria. Kerry had continued to blame Syria for the sarin attack, played down the role of al-Qaeda among the rebels, and exaggerated the strength of the "moderate" rebels. With unusual bluntness, Putin said that Kerry "is lying; he knows he is lying; this is sad."

Obama, too, was being informed at the time that Kerry was stretching the truth well beyond the breaking point. The president knew this from briefings by Gen. Martin Dempsey, chairman of the Joint Chiefs; by National Intelligence Director Clapper; and by us, Veteran Intelligence Professionals for Sanity. This may help explain why the president did

not ask Kerry to accompany him to St. Petersburg; why he chose to work out the deal personally with Putin; and why he chose to keep Kerry completely in the dark for five days. At a London press conference early on Aug. 9, 2013, Kerry had been asked whether there was anything Assad could do to prevent a U.S. attack. Kerry answered dismissively that Assad could give up his chemical weapons, but “he isn’t about to do that; it can’t be done.” Later that day Kerry got word from Russian Foreign Minister Sergei Lavrov that, oops, the deal could be done — and was about to be announced.

By happy coincidence, that same evening I had an unusual opportunity atop the CNN building in Washington to watch neocons like Paul Wolfowitz and Joe Lieberman vent their frustration over Obama “chickening out” and squandering the golden chance to get the U.S. into direct war in Syria. [See the sub-section Morose at CNN in “How War in Syria Lost Its Way.”]

Obama, it turns out, was proud at having gone against the advice of virtually all of his advisers to stop the juggernaut rolling downhill to war. Two years later, in an interview with Jeffrey Goldberg of *The Atlantic*, Obama bragged at having been able to defy what he called “the Washington playbook” in calling off the attack on Syria.

Trust is the Exception, Not the Rule

Putin had to learn the hard way that the circumstances in September 2013 were *sui generis*. Putin was able to offer Obama a deal he could not refuse, in order for Obama to extract himself from a very difficult position. Without Kerry or other advisers looking over his shoulder, Obama was able to take advantage of the offer despite the prevailing war lust — not only among the neocons, but among Obama’s own advisers.

Just six days after his successful meeting with Obama, Putin put a hopeful gloss on prospects for improved relations with Washington: “My working and personal relationship with President Obama is marked by growing trust,” Putin wrote in a *New York Times* op-ed on Sept. 11, 2013.

The Russian president was basking in the glow of having (1) gotten Syrian President Bashar al-Assad to agree to surrender Syrian army chemical weapons for UN-supervised destruction, (2) personally persuaded Obama to agree, and (3) helped prevent military escalation in Syria — which neither Putin nor Obama wanted. The deal was very much in Obama’s interest, taking the wind out of the sails of most of Obama’s advisers, including Kerry, who did nothing to disguise their lust for an open U.S. attack on Syria.

U.S. forces were in place. The planned attack would be “justified” as retaliation for a sarin gas attack near Damascus on Aug. 21, 2013. Kerry led the charge against Syria’s al-Assad, repeatedly blaming him despite abundant evidence that the sarin attack was a false-flag ploy — whether Kerry knew it or not — designed to mousetrap Obama into ordering a Baghdad-style “shock and awe” on Syria.

The immediate reaction of U.S. officials to this op-ed should have helped keep everyone’s hopes down. Indeed, the reaction proved to be a harbinger of things to come — taking the form of a Western-sponsored coup in Ukraine, sanctions, and, of course, Russiagate.

Sen. Bob Menendez (D-NJ), then chair of the Senate Foreign Relations Committee spoke for many Washington insiders by saying, “I was at dinner, and I almost wanted to vomit.” [For more on this topic, see Consortium News’s “Rewarding Group Think on Syria,”]

Nor did the hardliners' chagrin over the lost opportunity for war on Syria dissipate much in subsequent years. Sen. Bob Corker, (R-TN), who followed Menendez as chair of the Foreign Relations Committee, was one of the most outspoken critics of Obama's decision to cancel the planned attack on Syria in 2013. On Dec. 3, 2014, Corker complained bitterly that, while the U.S. military was poised to launch a "very targeted, very brief" operation against the Syrian government for using chemical weapons, Obama called off the attack at the last minute.

Corker's criticism was scathing:

"I think the worst moment in U.S. foreign policy since I've been here, as far as signaling to the world where we were as a nation, was August a year ago when we had a 10-hour operation that was getting ready to take place in Syria but it didn't happen. ... In essence and – I'm sorry to be slightly rhetorical — we jumped in Putin's lap."

Sound familiar?

The events of autumn 2013 are a case study in itself. Putin garnered a great deal from the unique experience of dealing personally with an Obama-in-need. Putin then found, as a result of his subsequent dealings with Obama and Trump, that he had to re-arrange his thinking about how much power a U.S. president actually has when it comes to confronting the entrenched Security State — even if a president's desire to improve relations is authentic.

Social Media as 'Proof'

The Russian president understood, as the years went by, that ordinarily Obama would defer to the "Washington playbook" and the MICIMATT. And so would, most times, Trump.

But the neocons got even with Putin for his key role in cheating them out of doing shock and awe on Syria. To an appreciable degree, that accounted for the neocon boldness in carrying out the coup in Kiev a half-year later, and in their contrived exploitation of the terrible loss of 298 lives on MH17, blaming the Russians sans any convincing proof.

As with the 2013 sarin attack near Damascus, so too in the case of MH17, Kerry emphasized that "social media" are an "extraordinary tool." Right. But equally useful for deception as for truth. The lame attempts of various imaginative (but not imaginative enough) folks, many of whom seem to be employed by Western intelligence services to use their imaginations in applying "social media" to the MH17 affair, are transparent to any discerning observer.

While he kept blaming the Russians, Kerry never produced the evidence he told NBC's David Gregory he had three days after the plane went down. Here's Kerry to Gregory on July 20, 2014:

"We picked up the imagery of this launch. We know the trajectory. We know where it came from. We know the timing. And it was exactly at the time that this aircraft disappeared from the radar."

Remember: In the wake of the shoot down of MH17, the U.S. successfully pressured many other countries to impose economic sanctions on Russia.

Agreements at the Top Thwarted

On Syria, Putin witnessed the lack of yedinonachaliya in the U.S. political and military sys-

tem. At the behest of Putin and Obama, Kerry and Lavrov worked very hard for 11 months to arrange a ceasefire. One was signed Sept 9, 2016. On Sept. 17 U.S. aircraft bombed fixed Syrian Army positions killing between 64 and 84 Syrian army troops; about 100 others wounded — evidence enough to convince the Russians that the Pentagon was intent on scuttling meaningful cooperation with Russia.

Here's Lavrov on Sept 26:

“My good friend John Kerry ... is under fierce criticism from the US military machine. Despite the fact that, as always, [they] made assurances that the U.S. Commander in Chief, President Barack Obama, supported him in his contacts with Russia (he confirmed that during his meeting with President Vladimir Putin), apparently the military does not really listen to the Commander in Chief. ... It is difficult to work with such partners. ...”

A month later Putin publicly lamented: “My personal agreements with the President of the United States have not produced results.” Putin complained about “people in Washington ready to do everything possible to prevent these agreements from being implemented in practice” and, referring to Syria, decried the lack of a “common front against terrorism after such lengthy negotiations, enormous effort, and difficult compromises.”

In sum, Deputy Foreign Minister Ryabkov's remarks on Friday strongly suggest that at this juncture the Russian leadership does not put much store in commitments by Washington — including those that may come from the president. For the next few months, at least, Moscow will be in a passive, wait and see posture. With so much mutual work to do — particularly on arms control — this is a pity.

Ray McGovern works with Tell the Word, a publishing arm of the ecumenical Church of the Saviour in inner-city Washington. During his 27-year at the CIA, he was Chief of the Soviet Foreign Policy Branch and a presidential briefer. In retirement he co-founded Veteran Intelligence Professionals for Sanity (VIPS).

<http://www.luftpost-kl.de/>

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern